



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 5. Dezember 2012 (06.12)
(OR. en)**

**Interinstitutionelles Dossier:
2011/0260 (COD)**

**16737/1/12
REV 1 ADD 1**

**CODEC 2804
ACP 236
WTO 381
UD 303
OC 673**

I/A-PUNKT-VERMERK

des Generalsekretariats des Rates
für den AStV/RAT

Nr. Komm.dok.: 15025/11 ACP 188 WTO 338 UD 244 CODEC 1583

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1528/2007 des Rates im Sinne der Streichung einiger Länder von der Liste der Regionen oder Staaten, die Verhandlungen abgeschlossen haben (**erste Lesung**)

– Annahme

a) des Standpunkts des Rates

b) der Begründung des Rates

– Erklärung

GEMEINSAME LEITLINIEN

Konsultationsfrist: 10.12.2012

Erklärung der französischen Delegation

"Frankreich ist der Auffassung, dass es verfrüht ist, die Frist für die Ratifizierung, wie im Entwurf der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1528/2007 des Rates vorgesehen, auslaufen zu lassen. Dies könnte nämlich zur Folge haben, dass einige Länder, die bereits Verhandlungen abgeschlossen haben, von der Liste der Länder gestrichen werden, denen ein präferentieller Zugang zum EU-Markt gewährt wird. Dass die Frist schon so bald auslaufen soll, könnte bei den AKP-Staaten auf ein gewisses Unverständnis stoßen, was die laufenden Verhandlungen über die umfassenden regionalen WPA beeinträchtigen würde. Zwar muss eine Frist für die Ratifizierung gesetzt werden, doch muss sie mit den nationalen Beschlussfassungsverfahren der AKP-Staaten vereinbar sein und diesen die Möglichkeit geben, sich

optimal auf das Inkrafttreten der WPA vorzubereiten. Auch ist es wichtig, dass diese Abkommen von beiden Seiten in einem Klima des Vertrauens und im Geiste der Partnerschaft umgesetzt werden. Frankreich hat die Aushandlung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, bei denen es sich aus seiner Sicht um echte Partnerschaften im Interesse der Entwicklung der AKP-Staaten handelt, stets unterstützt. In diesem Sinne hat sich der Präsident der Französischen Republik in seiner Rede vor der senegalesischen Nationalversammlung am Freitag, den 12. Oktober 2012 in Dakar dafür ausgesprochen, dass die afrikanischen Interessen bei den Verhandlungen über die WPA stärker berücksichtigt und dass die Gespräche wieder aufgenommen werden, und zwar mit terminlichen und inhaltlichen Vorgaben, die für die afrikanischen Länder günstiger sind. Aus diesen Gründen hat Frankreich Verständnis für die Argumente des Europäischen Parlaments, das eine Verlängerung der Frist bis 2016 fordert, und befürwortet in diesem Zusammenhang einen Trilog, um einen späteren Ratifizierungstermin zu vereinbaren, womit den AKP-Staaten eine zusätzliche Frist eingeräumt und gleichzeitig mehr Transparenz in Bezug auf die letzte Etappe des Verfahren hergestellt würde."
